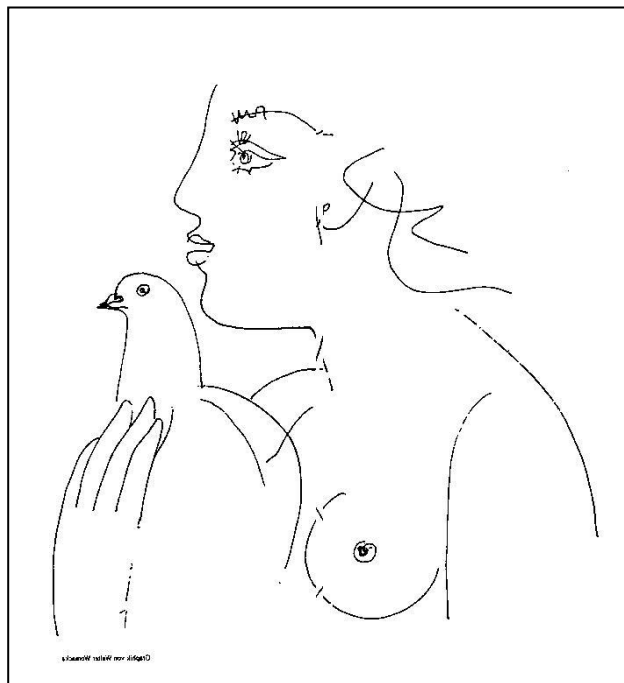


Nr.199



## **Realitätscheck: NATO vs. Russland**

von Zlatko Percinic

## **Hinter den Kulissen des NATO-Gipfels in Warschau**

von Zlatko Percinic

## **An der russischen Grenze**

German-Foreign-Policy

## **Mit Russland einen Dialog führen, aber Medien re- produzieren nur widersinnige NATO-Propaganda**

von Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait

Quelle: RT Deutsch

## Realitätscheck: NATO vs. Russland

19.07.2016

Russland bedroht die östlichen NATO-Staaten, die NATO provoziert Russland und rüstet vor dessen Haustür auf. Sowohl der Westen als auch Moskau werfen sich gegenseitig vor, gefährliche Machtpolitik zu betreiben. Wer blickt da noch durch? Zeit für einen Realitätscheck. RT Deutsch-Gastautor Zlatko Percinic hat sich die Mühe gemacht, die öffentlichen Verlautbarungen mit der Faktenlage abzugleichen.

*von Zlatko Percinic*

Das Deutsche Auswärtige Amt hatte vergangenes Jahr einen "[Realitätscheck](#)" herausgegeben, der viel mehr eine Direktive für die Angestellten und Diplomaten war, wie sie sich zu den unbequemen Fragen zum Thema Ukraine Konflikt äußern sollen. Dabei verdiente es diese Direktive nicht im Geringsten als "Realitätscheck" bezeichnet zu werden. Es waren lediglich von der Regierung aufgetragene Behauptungen, die den "russischen Behauptungen" entgegengesetzt wurden. Im Grunde genommen wurden mit dieser Direktive die Angestellten des Auswärtigen Amtes in eine prekäre Lage gebracht: sie sollten etwas behaupten, das weder mit Fakten unterlegt wurde noch einem wirklich Check standhalten würde.

Einen "Realitätscheck" etwas anderer Art gab es auch zum Abschluss des NATO-Gipfels in Warschau. Das offizielle Kommuniqué, ein 139-Punkte fassendes [Dokument](#), ist ein Sammelsurium von Beschuldigungen, älteren Abmachungen und in Warschau vereinbarten Zielen. Man könnte es auch als eine Art "Road Map" der NATO bezeichnen, in welche Richtung sich die Organisation kurz- und mittelfristig bewegen soll, die von allen NATO-Staatschefs unterzeichnet wurde. Deshalb ist es wichtig, darüber zu berichten und die wesentlichen Punkte genauer un-

ter die Lupe zu nehmen. Der "Schulterschluss" über den unsere Medien mit Vorliebe berichtet haben, wird in der einen oder anderen Form Einfluss auf die Bürgerinnen und Bürger der jeweiligen NATO-Länder haben. Gerade in Deutschland, wo sich die Regierung aufmacht, die Führung in Europa übernehmen zu wollen.

Diesbezüglich ist auch das Timing der Veröffentlichung des "[Weißbuches 2016](#)" der Bundesregierung interessant, die nur Tage nach dem Gipfel in Warschau erfolgte. Erstaunlich dabei ist, wer für die Erstellung des "Weißbuches" verantwortlich war, nämlich das Verteidigungsministerium unter Ursula von der Leyen. Auch wenn es dabei um die künftige Ausrichtung der Bundeswehr und die Sicherheit Deutschlands geht, es ist und bleibt ein politischer Prozess der normalerweise von der zivilen Führung des Landes formuliert sein sollte, sprich dem Kanzleramt, und nicht vom Verteidigungsministerium.

Wer sich die Mühe macht und das deutsche Weißbuch liest und mit dem NATO-Kommuniqué vergleicht, wird vermutlich einige Parallelen feststellen können. Und genau darin liegt das Problem: die Grenzen zwischen Politik und Militär, NATO und EU verwischen zusehends immer mehr. Das wird sich auch im Verlauf dieses Artikels noch zeigen, in welchem die wesentlichen Punkte des Warschauer Kommuniqués und des deutschen Weißbuches mit der Realität verglichen werden.

### **Realitätscheck:**

*NATO Punkt 5: Es gibt einen Bogen der Instabilität und Unsicherheit entlang der Peripherie der NATO und dahinter. Die Allianz sieht sich mit einer Fülle von Sicherheitsherausforderungen und Bedrohungen konfrontiert, die zeitgleich aus dem Osten wie auch aus dem Süden kommen. Von staatlichen wie auch nicht-staatlichen Akteuren; von militärischen Streitkräften und von Terror-, Cyber- oder Hybridattaken. Russlands aggressive Handlungen, einschließlich provokative militärische Aktivitäten in der Peripherie des NATO-*

*Territoriums und seine demonstrierte Bereitschaft, politische Ziele durch Androhung und Nutzung von Gewalt, sind eine Quelle der regionalen Instabilität, die die Allianz fundamental herausfordern, die die euro-atlantische Sicherheit beschädigt hat, und unser vor langer Zeit genanntes Ziel eines ganzen, freien und in Frieden lebendem Europa bedroht. Unsere Sicherheit ist auch tief von der Sicherheitssituation im Mittleren Osten und Nordafrika betroffen, welche sich signifikant in der ganzen Region verschlechtert hat. Terrorismus, insbesondere wie er durch den sogenannten Islamischen Staat (ISIS, Daesh) verübt wird, ist zu einer noch nie dagewesenen Intensität herangewachsen, betrifft das ganze Territorium der Alliierten, und stellt jetzt eine unmittelbare und direkte Gefahr für unsere Nationen und die internationale Gemeinschaft dar. Instabilität im Mittleren Osten und Nordafrika trägt auch zur Flüchtlings- und Migrantenkrise bei.*

**NATO Punkt 10:** *Russlands destabilisierende Handlungen und Politik beinhalten folgendes: die andauernde und illegitime Annektierung der Krim, welche wir nicht anerkennen und es auch nicht tun werden und wir Russland auffordern, diesen Schritt rückgängig zu machen; die gewaltsame Verletzung von souveränen Grenzen; die absichtliche Destabilisierung der Ostukraine; kurzfristig angekündigte Großübungen die nicht dem Geiste des [Wiener Dokuments](#) entsprechen, und provokative Militärübungen nahe an NATO-Grenzen, einschließlich des Baltikums und der Schwarzmeerregion und dem östlichen Mittelmeer; die unverantwortliche und aggressive Nuklearrhetorik, militärisches Konzept und deren zugrundeliegendem Verhalten; und die wiederholte Verletzung des NATO-Luftraumes. Zusätzlich hat die russische Militärintervention, signifikante militärische Präsenz und Unterstützung für das Regime in Syrien, und die Nutzung der Militärpräsenz im Schwarzen Meer zur Machtprojizierung ins östliche Mittelmeer, zu weiteren Risiken und Herausforderungen für die Sicherheit der Alliierten und anderen geführt.*

**Weißbuch S. 30/31:** *Durch seine auf der Krim und im Osten der Ukraine zutage getretene Bereitschaft, die eigenen Interessen auch gewaltsam durchzusetzen und völkerrechtlich garantierte Grenzen einseitig zu verschieben, stellt Russland die europäische Friedensordnung offen in Frage. Dies hat tiefgreifende Folgen für die Sicherheit in*

*Europa und damit auch für die Sicherheit Deutschlands. Die Krise in der und um die Ukraine ist konkreter Niederschlag einer langfristigen innen- und außenpolitischen Entwicklung. Russland wendet sich dabei von einer engen Partnerschaft mit dem Westen ab und betont strategische Rivalität. International präsentiert sich Russland als eigenständiges Gravitationszentrum mit globalem Anspruch. Hierzu gehört auch eine Erhöhung russischer militärischer Aktivitäten an den Außengrenzen von Europäischer Union (EU) und Nordatlantischer Allianz (NATO). Im Zuge einer umfassenden Modernisierung seiner Streitkräfte scheint Russland bereit, an die Grenzen bestehender völkervertraglicher Verpflichtungen zu gehen. Der zunehmende Einsatz hybrider Instrumente zur gezielten Verwischung der Grenze zwischen Krieg und Frieden schafft Unsicherheit in Bezug auf russische Ziele. Dies erfordert Antworten der betroffenen Staaten, aber auch von EU und NATO.*

*Ohne eine grundlegende Kursänderung wird Russland somit auf absehbare Zeit eine Herausforderung für die Sicherheit auf unserem Kontinent darstellen. Zugleich verbindet Europa mit Russland aber nach wie vor ein breites Spektrum gemeinsamer Interessen und Beziehungen. Als größter Nachbar der EU und ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der VN kommt Russland regional wie global eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen und internationaler Krisen zu. Nachhaltige Sicherheit und Prosperität in und für Europa sind daher auch künftig nicht ohne eine belastbare Kooperation mit Russland zu gewährleisten. Umso wichtiger ist im Umgang mit Russland die richtige Mischung aus kollektiver Verteidigung und dem Aufbau von Resilienz einerseits und Ansätzen kooperativer Sicherheit und sektoraler Zusammenarbeit andererseits.*

Wie man hier schön erkennen kann, gehen die Erklärungen der beiden Deklarationen nahezu Hand in Hand. Russland wird als Gefahr eines "freien, sicheren und ganzen" Europa porträtiert. Als Grund gelten die "aggressive" Haltung Moskaus und die "Bereitschaft, Grenzen zu verschieben". Es ist nichts weiter als eine Institutionalisierung der von Beginn an gemachten Anschuldigungen, ohne Beweise oder Gegenargumente in diesen

nun in "Stein gemeißelten" Vorwurf zuzulassen. Als ob man bei einem Verkehrsunfall den Fahrer des korrekt fahrenden Fahrzeugs für den Unfall verantwortlich macht, und den Geisterfahrer völlig ignoriert.

Im offiziellen politischen Diskurs der Europäischen Union, der NATO und der USA hat es nie einen Putsch gegen den gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch gegeben. Laut [Auskunft](#) der Bundesregierung verließ Janukowitsch in der Nacht vom 21. auf den 22. Februar 2014 die Ukraine, weil er vor allem "Angst davor" hatte, "für die durch die Sicherheitskräfte auf dem Maidan begangenen Verbrechen sowie Korruptionsdelikte strafrechtlich zur Verantwortung gezogen zu werden." Das aber die Außenminister Deutschlands, Polen und Frankreichs stundenlang mit Janukowitsch am 21. Februar verhandelt und schließlich ein Abkommen [unterzeichnet](#) haben, will nicht so wirklich in die Erklärung der Bundesregierung passen. Warum sollte Janukowitsch den ganzen Tag lang verhandeln und Zugeständnisse machen, um so die Krise zu entschärfen und den eigenen Stuhl zu retten, wenn er nach deutscher Angabe in der Nacht sowieso das Land - aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung - verlassen wollte? Das ergibt einfach keinen Sinn.

Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Umgang mit der Krim. Für den Westen ist die Eingliederung der Krim-Halbinsel in die Russische Föderation eine "illegale Annexion" und stellt somit eine "Grenzverschiebung" dar, die die "europäische Friedensordnung in Frage stellt". Mit keiner Silbe geht weder die NATO noch Deutschland auf die Volksabstimmung vom 16. März 2014 ein, wo sich laut "offiziellen" Angaben knapp 97 Prozent für einen Beitritt zur Russischen Föderation aussprachen (Wahlbeteiligung bei etwa 82 Prozent). Ob diese Zahlen nun hundertprozentig korrekt sind, kann niemand genau sagen. Fest steht aber, dass von einem objektiven Standpunkt aus betrachtet, die absolute Mehrheit der Krimbewohner für genau diesen Schritt gestimmt hat, was selbst von Journalisten der *New York Times* [bestätigt](#) wurde. So wurde im Nachgang des Referendums auch

nicht das Resultat von den westlichen Regierung moniert, sondern dass die Abstimmung selbst illegal wäre, weil sie gegen die ukrainische Verfassung verstoßen hätte. Und das die Menschen nicht wirklich eine Wahl bei der Abstimmung hatten: sie konnten zwischen der Frage "Sind Sie für die Wiedervereinigung der Krim mit Russland als Rechtssubjekt der Russischen Föderation?" und "Sind Sie für die Wiederherstellung der Verfassung von 1992 der Republik Krim und für den Status der Krim als Teil der Ukraine?" wählen. Als ob die Briten beim Brexit-Referendum eine größere Auswahl als zwischen Ja und Nein hatten:



Brexit-Stimmzettel, zwei Optionen zur Auswahl

Das politische Problem mit der Krim ist eigentlich älter als der moderne Staat Ukraine, weshalb die ständigen "Krim war schon immer Ukraine"-Beteuerungen aus Kiew ziemlich irrwitzig sind. Bereits am 20. Januar 1991, zu einer Zeit als es die Sowjetunion noch offiziell gab und ganze elf Monate vor den Ukrainern, fand auf der Krim bereits ein Referendum statt. 93 Prozent der Menschen (bei einer Wahlbeteiligung von 80 Prozent) stimmten für eine Abspaltung von der sowjetischen Republik Ukraine und für eine [Autonomie](#) innerhalb der wie auch immer geformten Sowjetunion. In den Jahren danach folgten weitere Abstimmungen auf der Krim, hauptsächlich im Kampf

gegen die ukrainische Zentralgewalt in Kiew, die die latenten Separationswünsche der Krimbewohner durch ewig in die Länge ziehende Verhandlungen auszusetzen versuchte. So zeigte sich beispielsweise der Schweizer OSZE-Missionschef in der Ukraine, Andreas Kohlschütter, bei einer [Rede](#) am 31. Mai 1995 vor dem Parlament auf der Krim, völlig entnervt über die Kiewer Hinhaltetaktik:

"Mächtige radikale Kräfte im ukrainischen Parlament mit üblen Absichten wollen die Krim bestrafen und disziplinieren, und die Autonomie der Krim zerstören!"

Erst ein Jahr später wurde mit Hilfe der OSZE eine [Kompromisslösung](#) gefunden, die der Krim zwar relative Autonomie gewährte, gleichzeitig aber auch die ukrainische Herrschaft über die Krim sichern sollte. Es mag sein, dass die von der Ukraine und vom Westen getätigte Behauptung, die Abstimmung von 2014 wäre "illegal" gewesen, rein vom technischen Gesichtspunkt zutreffend ist. Berücksichtigt man aber die Tatsache, dass es die ukrainische Regierung seit ihrer Unabhängigkeit nicht geschafft hat, eine vernünftige Lösung im Umgang mit der Krim zu finden und auch der Putsch gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Wiktor Janukowitsch gegen die ukrainische Verfassung verstieß, dann kann in einer Ausnahmesituation wie sie eben im Frühjahr 2014 vorherrschte nicht der Vorwurf erhoben werden, der Wunsch nach Sicherheit der Mehrheit der Menschen auf der Krim sei illegal gewesen.

Außerdem lieferten gerade jene Länder selbst, die im Falle der Krim am lautesten „illegal“ riefen, den Präzedenzfall für diese Form der Abspaltung: die Bombardierung Serbiens zum "Schutz" des Kosovo und dessen spätere Unabhängigkeit. Im renommierten *The American Journal of International Law* ([Vol. 8, Nr. 4, Oktober 2014](#)) wird diesbezüglich das Schreiben der US-Botschaft bei den Vereinten Nationen aus dem Jahr 2009 erwähnt, mit welchem die USA für ihre Kosovo-Politik Stellung genommen haben:



"Unabhängigkeitserklärungen mögen - und tun dies oft - nationale Gesetze verletzen. Doch damit verletzen sie nicht internationales Recht."

Während sich also die internationale Politik im Falle Kosovo über die nationalen Gesetze und Verfassung Serbiens stellte und das verankerte Recht auf Selbstbestimmung hervorhob, wird es bei der Krim in Abrede gestellt. Auch die deutsche Bundesregierung lieferte [keine überzeugende Antwort](#), nachdem sie mit genau dieser Frage konfrontiert wurde:

"Die Bundesregierung teilt die Auffassung, dass das russische Vorgehen auf der Krim einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellt. Eine Vergleichbarkeit zur Unabhängigkeit des Kosovo besteht nach Auffassung der Bundesregierung nicht."

Obwohl sich die Frage explizit auf das Referendum bezog, wich die Regierung der Frage aus und ließ den Vergleich mit dem Kosovo ohne weitere Erklärung nicht zu.

Wie Sie sehen, kann das Referendum auf der Krim nicht einfach nur als "illegal" abgetan und schon gar nicht Russland die Absicht vorgeworfen werden, Grenzen in Europa verschieben zu wollen. Man kann auch nicht die Wahl auf der Krim als verfassungswidrig bezeichnen und gleichzeitig das Vorgehen im Kosovo rechtfertigen. Oder den Putsch gegen Präsident Janukowitsch in der Ukraine gutheißen und den Putschversuch gegen Präsident Erdogan in der Türkei verurteilen. Entweder es haben alle das gleiche Recht, oder eben nicht.

*NATO Punkt 14: Die Allianz sucht keine Konfrontation und stellt keine Gefahr für Russland dar. Aber wir können und werden nicht Kompromisse bei den Prinzipien eingehen, auf denen unsere Allianz und Sicherheit in Europa und Nordamerika ruht. NATO wird auch weiterhin transparent, vorhersehbar und resolut bleiben.*

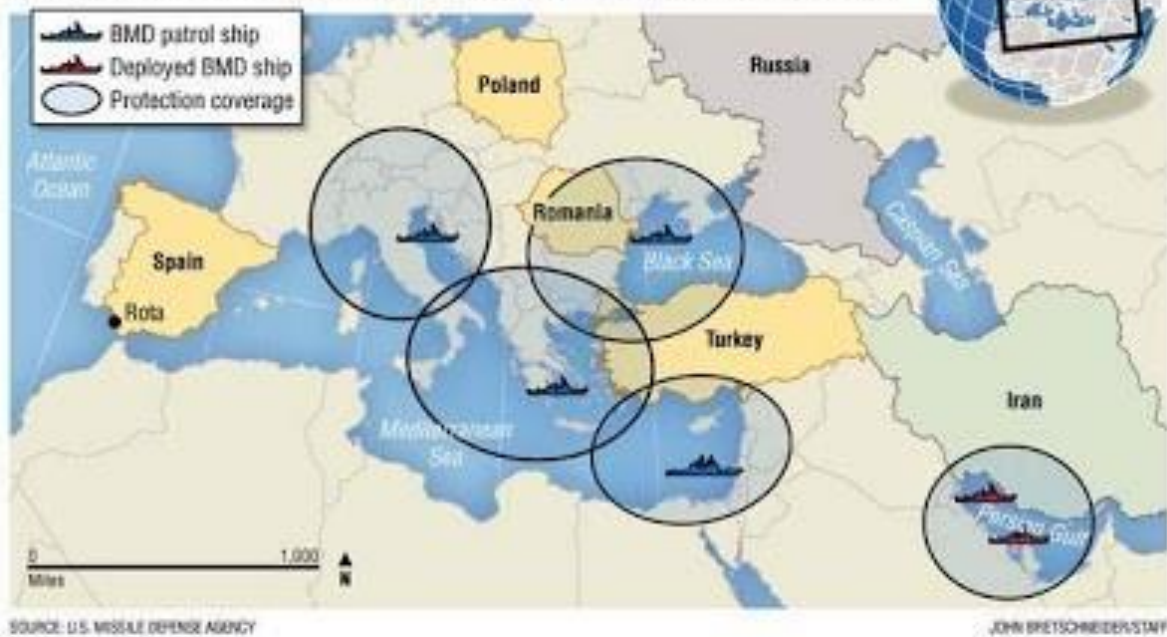
Dass die NATO transparent, vor allem vorhersehbar und gerne resolut sein möchte, stimmt sogar. Dass die Allianz aber keine Konfrontation mit Russland sucht, kann eher nicht unterschrieben werden. Schon allein deshalb nicht, weil der erst vor kur-

zem zurückgetretene Oberkommandeur der NATO-Gesamtstreitkräfte in Europa, General Philip Breedlove, etwas anderes in seinen [E-Mails enthüllte](#). Wie Breedlove zum Beispiel versucht, ausgerechnet beim ehemaligen Außenminister Colin Powell (dessen unvergessene Show vor den Vereinten Nationen den Ausschlag zum illegalen Irak Krieg gab) um Rat zu fragen, wie er "die Gelegenheit nutzen kann, zu einer Zeit wo die ganze Welt auf ISIS blickt, um die Sache persönlich mit POTUS (President of the United States) herauszuarbeiten". Oder wie er sich in einer anderen E-Mail darüber beschwert, dass "POTUS uns als eine Gefahr betrachtet die minimiert werden muss, d. h bringt mich nicht in einen Krieg????". Der amtierende NATO-Oberkommandeur der Gesamtstreitkräfte in Europa gibt mit dieser E-Mail also selbst zu, dass US-Präsident Barack Obama seinen Gang in der Ukraine als eine Kriegs-Gefahr mit Russland sieht, einen Krieg den Obama nicht haben möchte. Um "seinen" Krieg zu bekommen, scheute Breedlove nicht davor zurück, fragwürdige Quellen zu benutzen, die alarmierende Angaben über angebliche russische Streitkräfte in der Ukraine machten und sich aber stets als Lügen entpuppten.

Dazu kommen die Raketensysteme die in Polen und Rumänien in Betrieb genommen wurden bzw. noch werden. Offiziell als "[Schutzschild gegen iranische Raketen](#)" begründet, eine Begründung die von Anfang an auf sehr, sehr wackeligem Fundament stand, hätte das Programm zumindest in der Theorie nach dem Atomabkommen mit dem Iran Ende 2014 hinfällig werden sollen. Zumal die Raketenstation in Rumänien nach [Angaben](#) der *Missile Defense Agency* (MDA) nur den Südbalkan im Ernstfall verteidigen könnte und Polen Teile von Deutschland und das Baltikum.

## AEGIS UMBRELLA

U.S. plans for defending Europe from ballistic missiles include a combination of four Aegis warships forward-deployed to Naval Station Rota, Spain, by 2015 and, eventually, "Aegis Ashore" ground installations in Poland and Romania, which will include the radar and weapons of an Aegis ship.



Wie wir alle wissen, bot der Ausbruch der Krise in und um die Ukraine eine willkommene Ablenkung aus der in dieser Frage in Bedrängnis geratenen Allianz. Russland versuchte mit Gegenvorschlägen die Ängste der NATO-Staaten zu nehmen (so zum Beispiel das Angebot zusammen mit der NATO die Verteidigung Osteuropas vorzunehmen), um sich aktiv und gemeinsam in die Raketenabwehr miteinzubringen. Zudem verschärfte sich just in diesem Zeitraum die [Frage der nuklearen Abrüstung](#) in Europa, da sich Russland weigerte überhaupt weiter über diesen Punkt zu sprechen, solange die USA weiterhin im Geheimen Nuklearsprengköpfe an NATO-Mitglieder in Europa zur Einlagerung liefern. Mit Verschärfung der Lage in der Ukraine war wieder ein Grund für das Raketenabwehrprogramm in Europa herangewachsen - obwohl bis heute betont wird, dass es nicht gegen Russland gerichtet ist - und jegliche NATO-Abrüstung von Nuklearwaffen in Europa wurde gestoppt.



## Aufrüstung an der Ostfront - Was will die NATO vor der Haustür Russlands?

Militärmanöver, Truppenbewegungen, Aufrüstung, neue Kommandostrukturen. Die NATO agiert derzeit äußerst aktiv entlang der russischen Grenze. Doch welche Ziele verfolgt das westliche Militärbündnis überhaupt vor den Toren Russlands.

Große Aufregung herrschte prinzipiell in westlichen Medien über die Frage, ob oder ob nicht das Raketenabwehrprogramm in Europa eine Bedrohung für Russland darstellt. Egal ob auf [Ministerebene](#) oder [NATO-Generalsekretär](#): sie alle erklärten das von den USA installierte AEGIS-System könne das Machtgleichgewicht aus dem Kalten Krieg nicht aufheben. Damit ist die MAD-Doktrin (Mutually Assured Destruction) gemeint, nach der ein Nuklearangriff der einen Supermacht auf die andere, umgehend die eigene Zerstörung durch den nuklearen Zweitschlag einleiten würde. Wenn jetzt die USA durch ihre Raketenstationen kurz vor der russischen Grenze in der Lage wären, diesen Zweitschlag zu verhindern, wäre Russland strategisch nicht mehr in der Lage sich vor einem Angriff selbst zu verteidigen.

Diese Beteuerungen der NATO sind indessen korrekt. Das AEGIS-System ist nicht in der Lage, Interkontinentalraketen

abzufangen. Es kann Ballistische Kurz- bis Mittelstreckenraketen abfangen, solange es sich um einen limitierten Angriff handelt. Da es sich aber um ein duales [Kampfsystem](#) des US-Herstellers *Lockheed Martin* handelt, das zur Verteidigung und Angriff zu Land wie auch zu Wasser konzipiert ist, entsteht eine reale Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands. Sowohl die rumänische, als auch die noch im Bau befindliche Raketenstation in Polen, sind mit sogenannten "Mark 41 Vertical Launch Systems" ([Mk-41 VLS](#)) ausgestattet, also vertikalen Abschussystemen, die nicht nur die Abwehrraketen eines anderen US-Herstellers (Raytheon) abfeuern können, sondern eben auch verschiedene Marschflugkörper für einen Angriffskrieg. Mit einer Reichweite von bis zu 1670 Kilometer, könnten solche Marschflugkörper wie zum Beispiel die [Tomahawk](#) strategische Ziele in West-Russland treffen, zumal sie auf US-Kriegsschiffen und U-Booten (teilweise mit Nuklearsprengköpfen bestückt) in sämtlichen Weltmeeren einsatzbereit sind.

Angesichts dieser dualen Einsatzmöglichkeit des von der NATO übernommenen AEGIS-Systems, reicht es einfach nicht, wenn die NATO versichert keine Marschflugkörper in Rumänien oder Polen stationieren zu wollen. Die Geschichte hat gezeigt, gerade auch im Hinblick auf die Diskussion um die [NATO-Osterweiterung](#), dass es bei Fragen um die nationale Sicherheit keinen Verlass auf schlichte Aussagen oder gar Versprechen gibt. So handelt weder Deutschland, noch die USA, aber auch nicht Russland.

Was die NATO-Truppen im Baltikum betrifft, stellen sie in der gegenwärtigen Truppengröße keine direkte oder unmittelbare Bedrohung dar. Dabei ist es aber wenig hilfreich, wenn sich einige Regierungen in Wortakrobatik üben und so tun, als ob es nun gar keine Stationierung von NATO-Truppen gibt. In einer [Bundespressekonferenz](#) vom 15. Juni 2016 geriet der Versuch der Regierungssprecher, die Tatsache der Stationierung von NATO-Truppen in Abrede zu stellen, zu einem Orwell'schen

Glanzstück des Neusprech. Deshalb verdient es diese Szene hier kurz abgebildet zu werden:

*Frage: Zu dem NATO-Beschluss, dass man vier ständig rotierende Kampfataillone nach Osteuropa schickt: Herr Nannt, Sie blocken da ja immer ab, aber vielleicht kann Frau Chebli uns helfen; ich habe nämlich immer noch nicht verstanden, wie dieser Beschluss mit der NATO-Russland-Grundakte vereinbar ist.*

Die erste Antwort von Sawsan Chebli war ein typisches politisches "um den heißen Brei"- Gerede, die keine konkrete Antwort auf die Frage gab.

*Frage: Entschuldigung, aber das waren jetzt drei Antworten auf Fragen, die ich gar nicht gestellt habe. Die Frage war: Wie ist diese sogenannte dauerhafte Rotation mit der Russland-NATO-Grundakte vereinbar? Darin steht ja, dass NATO-Truppen keine dauerhafte Präsenz im Osten haben sollen; aber eine dauerhafte Rotation ist ja so etwas wie bei Ihnen als Regierungssprecher: Sie wechseln sich auch ständig ab, aber trotzdem ist das Verteidigungsministerium ständig da und ist das Auswärtige Amt ständig da. Das ist doch eine ständige Präsenz?*

*Antwort Chebli: An der Grundakte wird nicht gerüttelt.*

*Frage: Dann können Sie da doch keine dauerhafte Rotation einführen?*

*Antwort Chebli: Und ich dachte eigentlich, mit dem, was ich Ihnen gesagt habe, hätten Sie die Antwort darauf; denn eigentlich war das eine sehr klare Antwort auf das was Sie gesagt haben. Der Vorwurf, den Sie machen, ist ja, dass wir die NATO-Philosophie und die NATO-Grundakte mit dem, was beschlossen wird, aufgeben würden. Das ist nicht so; keiner gibt die NATO-Grundakte auf, sie besteht und sie wird weiterhin bestehen. Die Maßnahmen, die getroffen wurden, waren eine Reaktion auf veränderte sicherheitspolitische Herausforderungen, das habe ich Ihnen gesagt. Keiner hat ein Interesse daran, dass das, was da passiert, gegen Russland gerichtet ist. Es ist eher ein Engagement für die osteuropäischen Staaten, und wir fühlen uns in der Verantwortung, diesem Engagement nachzugehen.*

*Frage: Ich habe gefragt, warum das vereinbar ist, und Sie sagen einfach: Ja, es ist vereinbar. Die Gründe können Sie aber gar nicht nennen. Eine Rotation ist doch das Gleiche wie „ständig da sein“?*

*Antwort Boris Nannt: Eine Rotation ist nicht das Gleiche wie „ständig da sein“, sonst wäre es das gleiche Wort.*

*Antwort Steffen Seibert: Sonst hätte man ja wahrscheinlich in der NATO-Russland-Grundakte nicht von einer „dauerhaften Stationierung“ gesprochen, wenn es das Gleiche wäre. Man hat bewusst das Wort „dauerhaft“ gewählt. Nun ist es eine Rotation, eine defensive, maßvolle, transparente Maßnahme. Im Übrigen geht es um Truppenpräsenzen, die unter den Größenordnungen liegt, die die Definition des Begriffs der „wesentlichen Kampfgruppen“, wie ihn Russland selber Ende der 90er-Jahre vorgeschlagen hat. Da war die Rede von Brigaden, jetzt reden wir von Bataillonen. Das sind die Gründe.*

Gerade Deutschland, das das Truppenkommando in Litauen übernimmt und so negative Erinnerungen aus dem Zweiten Weltkrieg hervorruft, sät so nur weiteres Misstrauen gegenüber den Absichten der NATO und des Westens im Allgemeinen.

\*\*\*

## **RT Deutsch**

### **Hinter den Kulissen des NATO-Gipfels in Warschau**

12.07.2016

**RT Deutsch-Gastautor Zlatko Percinic** besuchte anlässlich des NATO-Gipfels am vergangenen Wochenende die polnische Hauptstadt Warschau. *Besonders in Gesprächen mit Journalisten und Diplomaten zeigte sich, wie sehr diese von ihrer eigenen westlichen Propaganda überzeugt sind.*

Der mit großer Spannung erwartete NATO-Gipfel in Warschau vom 8. bis 9. Juli 2016 ist zu Ende. Es war ein politisches Spektakel der Extraklasse, der den Bürgerinnen und Bürgern von Warschau noch lange in Erinnerung bleiben wird. Ob aus per-

sönlicher Überzeugung für die Nordatlantische Allianz, ob aus sentimentalem Nationalstolz, weil man einmal wieder im Zentrum der Weltöffentlichkeit gestanden hat, oder einfach nur in Freude darüber, dass das fast ununterbrochene Geheule der Polizeisirenen ein Ende gefunden hat. Tagelang hatten diese Staatsmänner, Minister oder irgendwelche Delegierten vom Warschauer Flughafen Chopin ins direkt an der Weichsel gelegene NGE-Fußballstadion eskortiert - und von da aus wieder zurück zum Flughafen oder ins Hotel. Man hätte tatsächlich denken können, das Finale der Fußball-Europameisterschaft 2016 findet nicht in Paris statt, sondern eben in Warschau.

Und irgendwie hatte der NATO-Gipfel auch etwas von einem Finale. Superstars waren nicht Ronaldo, Gareth Bale oder Toni Kroos, sondern Barack Obama, Jens Stoltenberg und David Cameron. Wie in Paris sollte auch in Warschau ein Sieger (die NATO) gekürt werden, der allerdings bereits im Vorfeld schon feststand, da der Gegner (Russland) die Show nur von zuhause aus verfolgen konnte.

Natürlich ist das eine simplifizierte Allegorie. Und natürlich war der Gipfel trotz Stadionatmosphäre kein Spiel, sondern im Ernstfall eine todernste Angelegenheit. Oder wie Mainstream-Medien es nannten: ein "[Schulterschluss](#)" des Militärbündnisses.

Einer für Alle, Alle für Einen. Ein Schelm, wer jetzt an D`Artagnon und die drei Musketiere denkt.

Was mich ganz ehrlich zutiefst schockiert hat, war die Feststellung in vielen Gesprächen mit Journalisten, wie sehr sie von der eigenen Propaganda überzeugt sind. Insbesondere bei deutschsprachigen, angelsächsischen, französischen, skandinavischen und baltischen Medienvertretern war es ganz frappierend. Hört man ihnen zu, dann fing die ganze Krise in und um die Ukraine damit an, dass der russische Präsident Wladimir Putin den damaligen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch gezwungen hat, das Assoziierungsabkommen mit der EU in Vilna platzen zu lassen. Und als dann die Massenproteste in Kiew



ausbrachen, ließ Putin irgendwann mal die Krim Halbinsel besetzen und per Handstreich annektieren und um dem Ganzen noch eins draufzusetzen, schickte er je nach Darstellung und persönlicher Prädisposition des jeweiligen Journalisten, irgendwas zwischen Spezialeinheiten und einer Invasionsmacht in die Ostukraine. Von einem Putsch gegen die gewählte Regierung von Janukowitsch, von Victoria "Fuck the EU" Nulands handausgelesenen Arsenij Jatsenjuk als Interims- Ministerpräsidenten, den neo-faschistischen und neo-nazistischen Gruppierungen oder dem Odessa Massaker vom 2. Mai 2014, wollten sie alle nichts hören oder wissen. Als ob es das alles nie gegeben hätte und aus den Analen der Geschichte getilgt worden wäre.

Ähnlich äußerten sich auch viele Diplomaten mit denen ich gesprochen habe. Allerdings gab es durchaus kritische Stimmen - eindeutig eine Minderheit, aber immerhin - die den Gang ihrer Regierungen für "nicht gut durchdacht" hielten und gerade für die Ukraine einen blockfreien Status für einen wesentlich besseren Weg halten würden. In dieser Minderheit der kritischen Stimmen - zumindest nach den persönlichen Kontakten zu urteilen - bilden Regierungsangehörige der "neutralen" Länder wie der Schweiz oder Österreich eine Mehrheit. Das rührt nicht nur aus einem anderen Verständnis der geopolitischen Rolle ihrer Länder, sondern auch aus der Erfahrung im "individuellen" Rahmen mit der NATO. Oder wie es im Jargon der Allianz so gerne heißt: in maßgeschneiderten Programmen. Obwohl die Verfassungen der Schweiz und Österreichs eine strikte Neutralität in Fragen der Teilnahme an Kriegen festlegen, ist in der Schweiz in puncto "Sicherstellung der Selbstverteidigung" die [Formulierung](#) absichtlich ambivalent gehalten, um der Regierung in Bern die notwendige Flexibilität zu gewährleisten. In Österreich hingegen ist dieser Punkt [eindeutig definiert](#):

"Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung

militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen."

Während also Österreich eine klare Stellung zu einem Militärbündnis bezieht, ist das in der Schweiz nicht der Fall. Ihre Neutralität wird als "humanitär geprägt und an Friedensfragen orientiert" definiert und die Regierung hat dafür Sorge zu tragen, dass die Selbstverteidigung des Landes sichergestellt wird. Wie das geschehen soll, ob in einem Militärbündnis oder nicht, wird nicht explizit dargelegt. Es bleibt also Raum für Interpretationen. Theoretisch könnte die Schweiz nach dieser Prämisse sogar unter gewissen Bedingungen der NATO als Vollmitglied beitreten, wenn a) die Allianz eine rein defensive wäre und b) ausschließlich unter UN-Mandat operieren würde, sowie c) die Allianz humanitär geprägt und an Friedensfragen orientiert handeln würde.

Trotz aller Neutralitätsbekundungen aus Bern und Wien sind beide Länder durchaus stark in der NATO engagiert. Seit 1996 beziehungsweise 1997 ist die Schweiz dem *Partnership for Peace* und dem *Euro-Atlantic Partnership Council* Programm der NATO [beigetreten](#). Auch die Schweizer Armee wird nach dem NATO-Standard der [Interoperabilität](#) ausgerichtet und entsprechend ausgebildet. Somit wären aus Sicht der Nordatlantischen Allianz die Aufnahmebedingungen erreicht und Bern könnte jederzeit den Antrag für den *Membership Action Plan* (MAP = Fahrplan zur Mitgliedschaft) stellen.

Österreich ist im Grunde genommen den [identischen Weg](#) wie der Schweizer Nachbar gegangen. Der große und für manche vielleicht auch überraschende Unterschied ist aber, dass die österreichische NATO-Kooperation nicht so tief geht wie jene der Schweiz. Das wurde der in Warschau anwesenden Delegation aus Wien schmerzlich bewusst, als man nach dem ersten Tag des Gipfels nicht zum Abendessen mit den "großen Tieren" eingeladen war, und man sich in der strengen Hierarchie der Platzordnung auf selber Stufe mit Afghanistan, Armenien und Azerbaijan befand. Und das hatte nicht nur etwas mit der al-

phabetischen Reihenfolge zu tun. Das schien doch tatsächlich einen Nerv der Teilnehmer in Warschau aus dem Lande von Mozart und Walzer zu treffen. Es gab sogar hochrangige Delegierte, die die Zeit für reif hielten, es Schweden und Finnland gleichzutun und sich für das *Enhanced Opportunity Program* zu bewerben. Man könnte dieses Programm auch als NATO-Beitritt mit "glaubhafter Abstreitbarkeit" bezeichnen.

### **Und wie sehen die Polen selbst diese Entwicklung im europäischen Osten?**

Natürlich kann das nicht repräsentativ sein, aber durch die Gespräche mit einfachen Bürgern in Warschau ergab sich eine gewisse Tendenz: Russland wird grundsätzlich als Bedrohung empfunden. Als Grund wird das übliche "Putin hat die Krim annektiert" und "Putin hat seine Armee in die Ukraine geschickt" angeführt, aber bei nochmaligem Nachfragen ergab sich dann doch ein etwas differenzierteres Bild. Es ist mehr ein historisch (und oft auch religiös) begründetes Misstrauen gegenüber Russland, das von Medien und der Politik geschickt verstärkt wird, als eine direkte Angst vor irgendwelchen "expansionistischen Ambitionen" Putins. Gerade bei den jüngeren Menschen hat diese Propaganda durchschlagenden Erfolg, indem der polnische Nationalismus wieder salonfähig wurde. An dieser Stelle sei auch unbedingt erwähnt, dass diese Entwicklung bereits unter der Vorgängerregierung der heutigen von der EU verschrienen rechtspopulistischen PiS-Regierung stattgefunden hat. Die [PiS-Partei](#) (Recht und Gerechtigkeit) war mit ihren billigen Parolen - nicht ganz unähnlich dem AfD-Phänomen in Deutschland - Nutznießerin dieser Entwicklung, die sich selbstbewusst und offen für den polnischen Nationalismus präsentierte. Das bedeutet aber nicht, dass die Polen oder die gegenwärtige Regierung gegen die EU sind. Sie wollen aber eine EU, in der die Mitglieder wieder mehr Souveränität zurückerhalten und auf gar keinen Fall noch mehr abgeben müssen.

Was von den jüngeren Menschen, die ich getroffen habe, niemand ansprach, wurde von den Überlebenden des Zweiten Weltkrieges auf den Punkt gebracht: das hatten wir schon mal!

Damit ist die Entwicklung in Polen seit den 1930er Jahren gemeint, als der Nationalismus und überhöhtes Selbstvertrauen der eigenen Stärke zu einer Katastrophe führten. Einige sprachen aus, was in unseren (und offensichtlich auch in den polnischen) Geschichtsbüchern nicht thematisiert wird: dass auch Polen zusammen mit den Briten ihren Teil zum Startschuss des Zweiten Weltkrieges beigetragen haben und zur Eskalation beitrugen, in der Hoffnung, durch einen Krieg die verhassten Deutschen zu schwächen und verloren gegangene Gebiete zurückzuerobern.

Auch heute würden die Polen ähnliche Fehler begehen wie vor 80 Jahren: ein Feindbild wird massiv aufgebauscht (damals Deutschland/heute Russland); eine geschwächte Supermacht (damals Großbritannien/heute Russland), die nicht minderes Interesse an dieser Entwicklung hat; ein Nationalismus, der in Teilen der Bevölkerung und Regierung an Chauvinismus grenzt, und schließlich eine äußere "Verteidigungsgarantie" (damals Frankreich und Großbritannien/heute NATO), die im Fall der Fälle für Polen eintreten sollte. Und sollte es tatsächlich durch Provokationen zu einer kriegerischen Eskalation mit Russland kommen, würden die heutigen Garanten der Sicherheit ihre Versprechungen und Verpflichtungen zurückziehen, da waren sich die alten Männer alle einig.

*RT Deutsch bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.*

\*\*\*

## An der russischen Grenze 11.07.2016

BERLIN/WARSCHAU (Eigener Bericht) - Mit erneuten Aufrüstungsbeschlüssen ist am Samstag der NATO-Gipfel in Warschau zu Ende gegangen. Im Mittelpunkt standen dabei Maßnahmen, die das westliche Kriegs Bündnis gegen Russland in Stellung bringen sollen. So werden in Polen und den baltischen Staaten vier NATO-"Battle Groups" in Bataillonsstärke stationiert, von denen eine von Deutschland geführt werden soll. Darüber hinaus unterstützt die NATO die Streitkräfte der Ukraine und verstärkt ihre Präsenz am Schwarzen Meer. Propagandistisch orientiert sich das westliche Kriegs Bündnis weiterhin am Kalten Krieg und skizziert vorgebliche Bedrohungsszenarien, die damaligen Modellen nachempfunden sind. So heißt es in Anklang an das "Fulda Gap" ("Lücke von Fulda"), es gebe heute eine "Lücke von Suwałki" in Nordostpolen und Südlitauen, in der mit einem Vorstoß russischer Truppen aus Belarus nach Kaliningrad zu rechnen sei; die NATO sei dagegen "hilflos". **Statistiken zeigen, dass die "hilflose" NATO rund dreizehnmal so viel Geld ins Militär investiert wie Russland.** Während die EU ihre Zusammenarbeit mit dem westlichen Kriegs Bündnis stärkt, spitzen die USA den nächsten Großkonflikt mit der Stationierung eines Raketenabwehrsystems in Asien zu - den drohenden Großkonflikt mit China.

### Battle Groups

Ein zentrales Element der auf dem Warschauer NATO-Gipfel beschlossenen Aufrüstung ist die Stationierung westlicher Truppen in unmittelbarer Nähe zur russischen Grenze. Demnach sollen NATO-Kampfeinheiten in Bataillonsstärke ("Battle Groups" [1]) in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert werden; in Litauen wird die Bundeswehr als "Rahmennation"

die Führung über die dortige Battle Group übernehmen. In Berlin und bei der NATO wird behauptet, mit dem Beschluss halte man die Bestimmungen der NATO-Russland-Grundakte aus dem Jahr 1997 ein, die vorsieht, keine "substanziellen Kampftruppen" dauerhaft in den neuen NATO-Staaten zu stationieren. Allerdings hat der polnische Verteidigungsminister Witold Waszczykowski während des NATO-Gipfels darauf hingewiesen, dass etwa in Polen tatsächlich eine viel größere Zahl NATO-Militärs präsent sein wird. Waszczykowski erinnerte daran, dass die USA regelmäßig eine Brigade zu Kriegsübungen aus Deutschland nach Polen entsenden wollen. Hinzu kommen das Personal für die NATO-Raketenabwehr und die Kampfunterstützungsbrigade des Multinationalen Korps Nordost, an dem die Bundeswehr führend beteiligt ist. Waszczykowski zufolge werden in Zukunft sogar "mehr als 10.000 Nato-Soldaten" in Polen stationiert sein.[2]

### **Erfolgreiche Offensive**

Zusätzlich hat die NATO auf ihrem Warschauer Gipfel weitere Maßnahmen beschlossen, die - trotz teils anderslautender Bekundungen - klar gegen Russland gerichtet sind. So hat das Bündnis sein neues Raketenabwehrsystem für partiell einsatzfähig erklärt und in aller Form das Kommando darüber von den Vereinigten Staaten übernommen. In Betrieb sind bislang eine Radaranlage in der Türkei sowie vor allem eine Raketenabschussstation in Rumänien; auch können vier in Spanien stationierte Kriegsschiffe für das Raketenabwehrsystem genutzt werden. Die Kommandozentrale ist im deutschen Ramstein untergebracht. Darüber hinaus wird die NATO weiterhin die Ukraine bei der Modernisierung ihrer Streitkräfte unterstützen und die Anpassung des ukrainischen Militärs an die NATO-Standards vorantreiben; beides richtet sich ebenfalls unmittelbar gegen Russland. Ausdrückliche Wertschätzung äußert das westliche Kriegsbündnis bezüglich der "signifikanten Beiträge" der Ukraine zu NATO-Operationen "und zur NATO Response Force".[3] Schließlich strebt die NATO auch am Schwarzen

Meer eine "verstärkte Präsenz" in der Luft und zur See an; begleitend wird Rumänien eine jederzeit einsetzbare "multinationale Brigade" aufstellen, an der sich Bulgarien beteiligen soll. Um Russland von Gegenmaßnahmen gegen die NATO-Aggression abzuhalten, hat die NATO für Mittwoch einen NATO-Russland-Rat angekündigt. Gelingt es, Moskau zum Stillhalten zu bewegen, dann hat das Bündnis seine Aufrüstungsoffensive zum Erfolg geführt, ohne selbst einen Nachteil zu erleiden.[4]

### **Die "Lücke von Suwałki"**

Führende deutsche Medien begleiten die NATO-Aufrüstung mit Propagandaelementen, die direkt dem Instrumentarium des Kalten Kriegs entnommen sind. So ist mittlerweile von einer "Lücke von Suwałki" die Rede, einem Gebiet in Nordostpolen und Südlitauen, in der man angeblich einen russischen Angriff zu erwarten habe. Der Ausdruck "Lücke von Suwałki" ist dem "Fulda Gap" ("Lücke von Fulda") aus dem Kalten Krieg nachempfunden, das bis 1989 als angebliches Einfallstor realsozialistischer Truppen galt. Die NATO lässt verbreiten, man diskutiere über "die Gefahr eines von Russland ausgelösten konventionellen Regionalkriegs", der in einem Vorstoß russischer Einheiten aus Belarus durch die "Lücke von Suwałki" nach Kaliningrad bestehe; er könne "das Baltikum vom Rest der Nato abtrennen und in das Moskauer Satellitensystem zurückführen". Die NATO müsse dabei "hilflos zuschauen", da sie "in der Region keine starken Kräfte" besitze, wird behauptet; auch sei "das Baltikum nach einer [russischen, d. Red.] Eroberung kaum zurückzugewinnen".[5]

### **Die hilflose NATO**

Die Absurdität der Behauptung, die NATO sei "hilflos", entlarven grafische Aufstellungen in deutschen Medien, die - ebenfalls nach dem Vorbild entsprechender Abbildungen in der Zeit des Kalten Kriegs - Rüstungsausgaben und Waffenbestände der NATO und Russlands einander gegenüberstellen. Demnach hat

die "hilflose" NATO im Jahr 2015 rund 861 Milliarden US-Dollar für ihre Hochrüstung ausgegeben - ungefähr das Dreizehnfache des russischen Rüstungsetats (66 Milliarden US-Dollar). Dabei geben die NATO-Staaten außer den USA (440 US-Dollar pro Einwohner) und Russland (470 US-Dollar pro Einwohner) ungefähr gleich hohe Summen pro Kopf der Bevölkerung für ihre Streitkräfte aus, während die Vereinigten Staaten 1.870 US-Dollar pro Kopf der Bevölkerung ins Militär investieren. 800.000 russischen Soldaten stehen 3,41 Millionen NATO-Militärs gegenüber, 750 russischen Jagd- und 1.400 russischen Erdkampfflugzeugen 4.000 Jagd- und 4.600 Erdkampfflugzeuge der NATO. Im Kriegsfall müsste ein russischer Flugzeugträger es mit 27 NATO-Flugzeugträgern aufnehmen, 100 russische Fregatten, Zerstörer oder Korvetten bekämen es mit 260 entsprechenden NATO-Kriegsschiffen zu tun, 60 russische U-Boote stünden 154 NATO-U-Booten gegenüber. Lediglich bei Mehrfach-Raketenwerfern und bei Selbstfahrlafetten wäre Russland gegenüber dem westlichen Kriegsverständnis leicht im Vorteil. Die militärische Bedeutung dieses Geräts für moderne Kriege kann als nachrangig gelten.[6]

### **Deutschlands globale Rolle**

Nicht zuletzt ist auf dem Warschauer Gipfel beschlossen worden, dass die EU in Zukunft enger mit der NATO zusammenarbeiten wird. Dies soll vor allem in Bereichen der Fall sein, in denen die EU entweder den Vereinigten Staaten in besonderem Maß unterlegen ist oder in denen sie Unterstützung wünscht. Ersteres trifft etwa auf den Cyberkrieg und auf geheimdienstliche Tätigkeiten zu, bei denen die Kooperation ausgebaut werden soll. Letzteres gilt für die EU-Migrationsabwehr, zu der das westliche Kriegsverständnis beitragen wird. Auch heißt es, die EU-Rüstungsindustrie solle weiter gestärkt werden und möglicherweise auf neue Aufträge aus den Vereinigten Staaten hoffen können. Der Ausbau der Kooperation erfolgt, nachdem der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier angekündigt hat, Deutschland sei ein "zentraler Spieler" der Weltpolitik ge-



worden und habe eine "globale Rolle" inne, während die USA "gestrauchelt" seien und "die Illusion einer unipolaren Welt" verblasse.[7] Steinmeier fordert zudem gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Marc Ayrault eine exzessive Aufrüstung der EU, die es möglich machen soll, den europäischen Staatenbund zu einem "unabhängigen" und "globalen" Akteur zu entwickeln - "unabhängig" auch von den USA.[8]

### **Der nächste Großkonflikt**

Während die EU ihre Kooperation mit der NATO intensiviert, spitzen die Vereinigten Staaten den nächsten Großkonflikt zu. Wie Ende vergangener Woche bekannt wurde, wird Washington in Südkorea das Raketenabwehrsystem Thaad installieren.[9] Vorgeblich richtet es sich nur gegen nordkoreanische Raketen. Tatsächlich erlaubt die hochentwickelte Radartechnologie es den USA, von südkoreanischem Territorium aus weit nach China hinein zu spionieren. Zudem schwächt das Raketenabwehrsystem chinesische Gegenschlagfähigkeiten und damit die chinesische Abwehr. Damit spitzt Washington den Großkonflikt mit China, der ohnehin längst schärfer wird [10], ein weiteres Stück zu.

[1] Wie die NATO in Osteuropa Flagge zeigt.  
www.bundeswehr.de 08.07.2016.

[2] Johannes Leithäuser, Michael Stabenow: Gegen den Warschauer Takt. Frankfurter Allgemeine Zeitung 09.07.2016.

[3] Joint statement of the NATO-Ukraine Commission at the level of Heads of State and Government. 9 July 2016, Warsaw, Poland.

[4] S. dazu [Abschreckung und Dialog](#).

[5] Konrad Schuller: Die Lücke von Suwalki. Frankfurter Allgemeine Zeitung 08.07.2016.

[6] 28 Nato-Staaten im Vergleich mit Russland. Frankfurter Allgemeine Zeitung 09.07.2016.

[7] S. dazu [Auf Weltmachtniveau](#).

[8] S. dazu [Die Europäische Kriegsunion](#).

[9] Proteste Russlands und Chinas gegen Raketenschild. Frankfurter Allgemeine Zeitung 09.07.2016.

[10] S. dazu [Ostasiens Mittelmeer \(I\)](#) und [Ostasiens Mittelmeer \(II\)](#).

\*\*\*

## **Mit Russland einen Dialog führen, aber Medien reproduzieren nur widersinnige NATO-Propaganda**

*Fehlende Meldung zur Tagung des NATO-Russland-Rates, stattdessen deplatziertes Auftreten des NATO-Generalsekretärs in den Medien*

Von Luz María De Stéfano Zuloaga de Lenkait,  
Juristin und Diplomatin a.D.

15.7.16

### **Deutscher Außenminister zum Ergebnis des NATO-Gipfels nicht in ARD, aber in RT**

Die Abschlusserklärung des Warschauer-NATO-Gipfels vom 9.7.16 enthält keineswegs das Wort Abschreckung. Stattdessen betonen die NATO-Verteidigungsminister die Notwendigkeit, mit Russland einen Dialog zu führen. Das ist konsistent.

Anders, nämlich die Widersprüchlichkeit, ja den Irrsinn, die Sinnwidrigkeit des NATO-Generalsekretärs und eines US-Militärs, Dialog als Teil der Abschreckung darzustellen, ist billige, reine widersinnige NATO-Propaganda für die Öffentlichkeit, eigentlich ein Ablenkungsmanöver davon, was in Warschau wirklich übereinstimmend vereinbart wurde.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die Abschlusserklärung des NATO-Gipfels in den offiziellen und führenden Presseorganen und Fernseh-Sendern unerwähnt wie inexistent bleibt. Man muss sich den russischen Staatssender RT ansehen, um diese entscheidend wichtige, aber hierzulande fehlende Information zu bekommen. Auch was der deutsche Außenminister zu dem Ergebnis des NATO-Gipfels zu sagen

hat, bekommt man nicht in der Tagesschau zu hören, aber bei RT.

### *Fertig aus dem NATO-Hauptquartier direkt ins ARD-Mittagsmagazin und in die Tagesschau*

Den Provokateuren und Kriegstreibern innerhalb der US-NATO bleibt nur übrig, ihren Sekretär Jens Stoltenberg und die ihnen ergebenen Medien einzuschalten, wie den NDR mit seiner Tagesschau-Redaktion oder den Bayrischen Rundfunk mit der ARD-Fernsehsendung „Mittagsmagazin“, Redaktionen, die alles reproduzieren, was sie fertig aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel auf den Tisch bekommen. Das erübrigt ihnen, zusätzliche Arbeit zu leisten. Redaktionen ohne große politische Bildung und Wachsamkeit sind ein leichtes Fressen für die scharf trainierten NATO-Propagandisten.

### *Nichts über Reaktion Russlands auf NATO-Gipfel oder auf Tagung von NATO-Russland-Rat*

Bezeichnenderweise berichten diese führenden Medienorgane nicht, wie Russland auf den NATO-Gipfel in Warschau im NATO-Russland-Rat in Brüssel am 13.7. reagierte, der nach langer Unterbrechung wieder tagte, weil der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf dem NATO-Vorbereitungstreffen Mitte Juni in Brüssel und bei anderer Gelegenheit erfolgreich diplomatischen Druck ausübte. Anstatt die Position Russlands bekannt zu geben, wie es zu einer professionellen Redaktion gehört, musste die deutsche Öffentlichkeit in der ARD-Tagesschau am 13.7. schon wieder die unzuverlässige Darstellung des NATO-Generalsekretärs hören, der uns tendenziös von Anfang an belogen und in die Irre geführt hat, was Russland betrifft. Schon nach dem NATO-Vortreffen in Brüssel und vor dem NATO-Gipfel in Warschau trat der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg an die Öffentlichkeit und verkehrte vorsätzlich die Weltverhältnisse,

um die NATO-Aggressivität als „defensiv und verhältnismäßig“ zu vertuschen. Deshalb ignoriert er die Feststellung des jüngsten SIPRI-Berichts, der das militärische Ungleichgewicht, ja, die völlige Unverhältnismäßigkeit zwischen der militärischen Stärke der NATO-Staaten und Russlands klarstellt.

*ARD-Tagesschau ohne Erklärung des deutschen Außenministers zu NATO-Gipfel, gravierende mediale Blockade am Ort höchster Nachrichtenwahrnehmung*

Nicht einmal die Erklärung des deutschen Außenministers Frank-Walter Steinmeier gab die ARD-Tagesschau bekannt. Dass deren Redaktion von NATO-Kreisen so stark die Hände gebunden sind, ist kaum vorstellbar. Man fragt sich, wieso und was man dagegen tun kann, um diese gravierende mediale Blockade an der Stelle höchster Nachrichtenwahrnehmung in Deutschland zu korrigieren.

*Deutsche Awacs-Aufklärungsflugzeuge für die US-amerikanische Koalition in Syrien weiterhin nicht gebilligt*

Falschmeldungen sind auch infiltriert worden, die richtigzustellen sind: Deutsche Awacs-Aufklärungsflugzeuge für die US-amerikanische Koalition gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ sind weiterhin nicht gebilligt, denn Berlin und andere europäische Regierungen widersetzen sich diesem deplatzierten US-Vorschlag. Ein Einsatz mit Beteiligung deutscher Soldaten könne „selbstverständlich“ nur „auf sicherer völkerrechtlicher und verfassungsrechtlicher Grundlage erfolgen“ wurde schon in Brüssel am 14.6. noch einmal klargestellt und in Warschau am 8./9.7. noch einmal bekräftigt.

*NATO nicht Teil der US-Koalition in Syrien*

Mit präzisen und klaren Worten: Der Wunsch der USA nach

einer stärkeren Rolle der NATO beim Kampf gegen den IS stößt weiter auf klare Ablehnung in Berlin. Als Bündnis ist die NATO nicht Teil der US-Koalition in Syrien – wobei es aus Berliner Sicht auch weiter bleiben soll. Auch ein Operieren von Awacs-Flugzeugen der NATO über syrischem Luftraum stehe „nicht zur Debatte“. Sowohl der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier als auch die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen schafften eindeutige Klarheit darüber. Darüber müssen deutsche Medien dieselbe Klarheit für die Öffentlichkeit schaffen: Auf dem Warschauer-NATO-Gipfel am 8./9.7. war der Einsatz von Awacs-Aufklärungsflugzeugen über Syrien keine beschlossene Sache. Just weil es keinen Beschluss der NATO-Verteidigungsminister diesbezüglich gab, logen führende Medien darüber und propagierten das Gegenteil. An erster Stelle die Süddeutsche Zeitung vom 11.7., womit sie ihrem Ruf treu blieb, das Zentralorgan des Pentagon in Deutschland zu sein.

### *Kein Vertrauen in die NATO*

Über Vertrauen kann man nicht „verhandeln“. Der Titel eines SZ-Artikels vom 14.7. „Verhandeln über Vertrauen“ übertrifft allen Unsinn. Vertrauen ist die Basis für jede Verhandlung überhaupt. Man hat es oder man hat es nicht. Aber gerade diese Basis fehlt völlig gegenüber der NATO. Russland und alle anderen europäischen Staaten haben jeden Grund, kein Vertrauen in die NATO zu setzen. Gerade die NATO selbst hat alle Risiken dafür geschaffen, dass sich aus Versehen oder aufgrund von Unfällen eine irreparable Konfrontation mit Russland ereignen könnte, durch irrsinnige grundlose militärische Militär-Manöver an der Grenze zu Russland, wodurch das Vertrauen in die NATO zu Recht unterminiert und zerstört worden ist. Kriegstreiberische NATO-Kreise und ihre Abschreckungslakeien in den Medien nehmen nicht nur in Kauf, dass es zu einem Unfall oder zu einer Fehleinschätzung kommen könnte, etwa am Boden, im internationalen Luftraum

oder auf hoher See, sondern sie erhöhen dieses unermessliche Risiko in unverantwortlicher Weise, indem sie darauf bestehen, „Anstrengungen in allen Bereichen zu verstärken, nicht nur am Boden, sondern auch in der Luft und auf See. Hinzu kommen die Entscheidungen in Warschau zur Raketenabwehr.“ Die Politik der Konfrontation gegenüber einem Staat, der gegen die Hegemonie der westlichen Mächte aufbegehrt, gehört zum Vorgehen der USA-NATO. Diese Konfrontation, die sich in Kriegsvorbereitung zeigt, ist an Gefährlichkeit nicht zu überbieten und ist sofort einzustellen.

### *Superlativer Zynismus innerhalb der NATO*

Vor dem Hintergrund diesem völlig unvernünftigen, anmaßenden und bedrohlichen Kriegsszenarium kann man nicht fordern, dass Russland sein Verhalten ändern solle. Jede Erwartung in dieser Hinsicht ist völlig abwegig und hat das Thema verfehlt. Von „Transparenz und Vertrauen“ zu sprechen, ist der superlative Zynismus. Kein NATO-Gespräch mit Russland kann hinsichtlich der vorhandenen Wirklichkeit als „nützlich“ bezeichnet werden (SZ-Meldung vom 14.7.). Der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betrügt noch einmal die deutsche Öffentlichkeit, wenn er das behauptet, weil ihm nichts anderes übrig bleibt.

### *Über die klare Position Russlands im NATO-Russland-Rat informieren*

Umso dringender und wichtiger, dass uns die NDR-Tagesschau-Redaktion richtig und sachlich vollständig informiert, und zwar über die klare Position Russlands im NATO-Russland-Rat, nicht über die unglaubliche von Jens Stoltenberg. Russland als Hauptfeind der NATO darzustellen, ist der größte Unfug und eine unverschämte Dreistigkeit.

### *NATO mit falschen Berichten über die Lage in der Ostukraine: NATO-Oberkommandierender Philip Breedlove musste gehen*

Nicht nur das Weiße Haus, auch Deutschland war mit dieser genaustens geplanten NATO-Kriegsbereitschaft unzufrieden. So beschwerte sich Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier offiziell bei der NATO, weil das Militärbündnis falsche Berichte über die Lage in der Ostukraine lanciert hatte. Infolgedessen musste der vorherige NATO-Oberkommandierender Philip Breedlove aus dem Amt scheiden. Bei seinem Rücktritt betonte er, dass es einen Dialog mit Russland geben müsse! So prompt und heuchlerisch passen sich NATO-Antreiber an neue Umstände an, um sich weiter in Szene zu setzen und die Öffentlichkeit erneut zu belügen.

### *NATO-Generalsekretär überschreitet seine Befugnisse*

Eine Beschwerde über den NATO-Abschreckungs-Antreiber Jens Stoltenberg sollte jetzt an das Weiße Haus ebenso gerichtet werden. Stoltenberg wagt sich, falsche Informationen an die deutsche und europäische Öffentlichkeit zu richten, anstatt die Beschlüsse der NATO-Verteidigungsminister zu respektieren und sich an sie zu halten. Ein Sekretär ist lediglich ein Verwalter, kein Politik-Gestalter. Er hat keine Befugnisse, Beschlüsse der NATO-Verteidigungsminister zu ändern oder sie zu verdrehen.

### *NATO widerspricht realen Anforderungen an Sicherheit*

Völlig begründet erklärte Russlands NATO-Botschafter, Alexander Gruschko auf seiner Presse-Konferenz in Brüssel nach der Tagung des NATO-Russlands-Rates am 13.7., die Ukraine-Krise sei nur ein Vorwand für die NATO-Verstärkung. Sie, die NATO-Verstärkung sei „ungerechtfertigt“ und stelle eine Bedrohung für Russland dar. „Die Politik der NATO-Erweiterung widerspricht den realen Anforderungen an die Sicherheit und schafft bloß neue Trennlinien in Europa...“

Diese Pressekonferenz des russischen Botschafters bei der NATO, Alexander Gruschko, am Tag der Tagung des NATO-Russlandsrates (13.7.) wurde in deutschen Medien, darunter ARD-Tagesschau, komplett unterschlagen.

### *EU diskreditiert*

Nicht nur die NATO, sondern auch die EU delegitimiert und diskreditiert sich gravierend weiter, indem sie nicht abrüstet und sich nicht friedfertig zeigt, sondern sich an den Machtdemonstrationen der NATO beteiligt.